

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (2. Ergänzung)

Vorlage 17/3963
Vorlage 17/4186 Neudruck (Landesstraßenbauprogramm)

Einzelplan 09

(Der Gesetzentwurf wurde am 07.10.2020 nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.)

(siehe auch den mündlichen Bericht des Ministers zu Tagesordnungspunkt 2.)

Carsten Löcker (SPD) trägt anhand der schriftlichen Begründungen der Änderungsanträge seiner Fraktion² vor und unterstreicht für den Antrag zu Kapitel 09 150, Titel 777 14, es gehe um mehr Personalkapazitäten, eine bessere Kommunikation und letztlich auch um den Umbau der Verkehrsinfrastruktur in den Quartieren, der auch entsprechenden Platz benötige, wofür das Land politische Signale aussenden müsse.

Zum Antrag zu Kapitel 09 110, Titelgruppe 74, Titel 633 74, betont er, es gehe seiner Fraktion auch um den Bürokratieabbau mit Blick auf das Klein-Klein der bisherigen Angebote der Verkehrsverbände, auch um jene zu unterstützen und mehr Menschen gute Angebote machen zu können, sowie um Wahlfreiheit.

Arndt Klocke (GRÜNE) verweist mit Blick auf die Coronapandemie und den Appell der Kanzlerin auf die schriftlichen Begründungen der Änderungsanträge seiner Fraktion³, um die Ausschusssitzung möglichst kurz zu halten. Mit den Anträgen wolle seine Fraktion die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen voranbringen und die Maßnahmen der Landesregierung unterstützen.

² siehe Drucksache 17/11909

³ siehe Drucksache 17/11909

Nic Peter Vogel (AfD) trägt anhand der schriftlichen Begründungen der Änderungsanträge seiner Fraktion⁴ vor und wirft mit Blick auf Kapitel 09 160 Titel 777 61 die Frage auf, ob Schwarz-Gelb ernsthaft glaube, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren die vorgesehenen Mittel tatsächlich zu verausgaben.

Klaus Vossemer (CDU) hält Carsten Löcker entgegen, mit zusätzlichen 2,6 Millionen Euro könne seine Fraktion die vorgetragenen Ziele nicht erreichen. Zudem stelle Schwarz-Gelb mit 54 Millionen Euro für den Radwegebau insgesamt so viel Geld zur Verfügung wie keine Landesregierung zuvor, was den Stellenwert des Fahrrads unterstreiche, wobei auch andere Mobilitätsangebote ausgebaut werden müssten.

Er erinnert an die Ausführungen des VDV in der Anhörung zum Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung eines kostenlosen Tickets für Kinder und Jugendliche, wonach dies bei rund 2 Millionen Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen und dem Schokoticket als Basismodell für 37,40 Euro, das allerdings noch nicht einmal die Anforderungen im Antrag der SPD-Fraktion erfülle, zu Kosten von 880 Millionen Euro bis 1 Milliarde Euro führe, weshalb er den SPD-Antrag nicht nur für Augenwischerei halte. Die SPD betreibe vielmehr Politik zulasten der Verkehrsverbünde, gefährde den durch die Coronapandemie ohnehin schon gebeutelten ÖPNV und leiste keinen Beitrag zum Klimaschutz.

An Nic Peter Vogel gewandt führt er aus, natürlich müssten noch weitere Planer und Ingenieure eingestellt werden, damit die zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich verbaut werden könnten. Insofern halte er es nicht für richtig, die dafür vorgesehenen Mittel zu verringern.

Ulrich Reuter (FDP) betont, man dürfe die Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen. Die Umsetzung der Anforderungen, die sich im Nahmobilitätsgesetz- und Fahrradgesetz wiederfinden würden, halte er mit den bereits im Haushaltsentwurf vorgesehenen Mitteln für möglich, der die Politik der NRW-Koalition der letzten Jahre konsequent fortsetze.

Carsten Löcker hält er entgegen, nach der Coronapandemie werde es beim ÖPNV zunächst darum gehen, wieder die alten Fahrgastzahlen zu erreichen, anstatt kostenlose Angebote zu machen.

Minister Hendrik Wüst (VM) begrüßt, dass auch die Opposition der Herangehensweise der Landesregierung an den Radwegebau zustimme, zunächst die Planungskapazitäten zu erhöhen, um sodann zu einem Genehmigungsvorlauf und schließlich zu einem Bauhochlauf zu kommen.

Er antwortet Nic Peter Vogel, nichts ärgere einen Fachminister mehr, als wenn er bei den Ansätzen daneben liege. Es gebe bereits jetzt schon eine umfangreiche Liste im Ministerium zur Verausgabung von 37 Millionen Euro für Fahrradwege insgesamt. Keine einzige Maßnahme sollte am Geld scheitern, wobei er nicht mit Sicherheit sagen

⁴ siehe Drucksache 17/11909

könne, welche Maßnahme am Ende tatsächlich umgesetzt werde. Deshalb müsse er um mehr Geld bitten, als er am Ende tatsächlich ausgeben könne, ohne unrealistisch viele Mittel in den Haushalt einzustellen.

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der Fraktionen ab, siehe Drucksache 17/11909.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Vorsitzender Thomas Nückel stellt abschließend das Benehmen des Ausschusses zum Landesstraßenbauprogramm fest.



Verkehrsausschuss

50. Sitzung (öffentlich)

18. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW** (*beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*)

5

in Verbindung mit:

Unfall auf der A3 am 13.11.2020 (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung; Skizze s. Anlage 2*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4222

– Wortbeiträge

2 Änderung des Landesstraßenbedarfsplans (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **9**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4187

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) **11**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (2. Ergänzung)

Vorlage 17/3963

Vorlage 17/4186 Neudruck (Landesstraßenbauprogramm)

Einzelplan 09

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der Fraktionen ab, siehe Drucksache 17/11909.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

4 Überörtliche Radwegenetze dürfen kein Torso bleiben: Nordrhein-Westfalen braucht ein Radwegenetz-Lücken-Kataster für Bundesfernstraßen 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10843

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

5 Lebensqualität, Alltag und Sicherheit zurückgeben – Sofortige Einrichtung einer 7-Tage-Quarantäne für Ein- und Rückreisende 15

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11669

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Nichtanwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

6 Entwurf einer Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Straßenrecht und Eisenbahnkreuzungsrecht 16

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/11807

Vorlage 17/4137

– keine Wortbeiträge

- 7 Winterdienst auf Bundesautobahnen ab 01.01.2021** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **17**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4223
- keine Wortbeiträge
- 8 Brücke Flehe** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **18**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4224
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 9 Verschiedenes** **20**
- Der Ausschuss kommt überein, den ursprünglich als Bedarfstermin vorgesehenen Ausschusstermin am 9. Dezember 2020 als regulären Sitzungstermin zu nutzen.